

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Hilfs-Vorstand)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,  
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Reaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 5/6.

Berlin, Sonnabend, 16. Januar 1915.

Siebentundvierzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis:

Ein Wort an unsere Ortsverbände. — Die Sozialpolitik des Auslandes im Kriegsjahre 1914. — Gewerksvereinsarbeit im Saargebiet. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Anzeigen.

### Ein Wort an unsere Ortsverbände.

Der Ausbruch des Krieges stellte die Organisationen der Arbeiter vor so viele neue Aufgaben, daß die Agitation so gut wie völlig lahmgelegt wurde. Auch die anfängliche Arbeitslosigkeit hat dazu erheblich beigetragen. Jetzt haben sich die Verhältnisse wieder geändert. In den Organisationen ist eine gewisse Ruhe eingetreten; die Lage des Arbeitsmarktes hat sich gehoben; die Möglichkeit, die Indifferenten für die Organisation zu gewinnen, ist eher gegeben. Nun heißt es, Sand aus dem Werk legen und die unfernen Bestrebungen in jeder Hinsicht günstige Zeit ausnützen. Alle müssen wir jetzt unsere Kräfte in den Dienst unserer guten Sache stellen; niemand darf zurückbleiben und sich auf den andern verlassen. Außerordentlich viel können dazu unsere Ortsverbände beitragen, wenn sie sich ihrer Pflichten dem Gesamtverbande gegenüber richtig bewusst sind.

Seit einigen Jahren kann man häufiger unter dem Ausdruck des Bedauerns sagen hören, daß die Ortsverbände lange nicht mehr das leisten, was sie früher getan haben. Ihre Bedeutung wird geringer eingeschätzt. Auf die Vertretung im Ortsverbande wird vielfach nur geringer Wert gelegt. Man ist froh, wenn man überhaupt jemand gefunden hat, der sich bereit erklärt, den Ortsverein im Ortsverbande zu vertreten. Ob er später seine Schuldigkeit tut, darum kümmert man sich oft nicht. Wenn dann in einem Ortsverbande mehrere Kollegen sitzen, die nicht mitarbeiten, dann ist es natürlich um das Wortwörtchen schlecht bestellt. Genau so liegt es, wenn an die Spitze des Ortsverbandes, in den Ausschuß, Männer entsandt werden, die nicht das Zeug haben, für die Deutschen Gewerksvereine so zu wirken, wie es erforderlich ist. Noch stärker an vielen Orten die Ortsverbände-Ausschüsse wählen aus. Möge man dort wenigstens dafür sorgen, daß wirklich die Fähigkeiten und Eifrigsten mit der örtlichen Führung betraut werden!

Die Agitation ist naturgemäß in erster Linie Sache der einzelnen Gewerksvereine. Der Berufs-Kollege wird seinen Arbeitsgenossen am leichtesten für sich und seine Anschauungen gewinnen können. Aber die Ortsverbände können doch dabei recht wertvolle Hilfe leisten. Es gibt viele Ortsvereine, die nur über eine geringe Mitgliederzahl verfügen und vielleicht wegen einer starken Gegnerschaft nicht größer werden. In solchen Fällen muß es sich der Ortsverband anlegen sein lassen, dem Verein zur Seite zu stehen und ihn zu stärken. Das kann auf verschiedenen Wegen geschehen. Zunächst müssen alle Mitglieder des Ortsverbandes ihre Angehörigen und Freunde, die jenem Berufe angehören, dem Verein zuführen. Oft geschieht dies nicht. Das Wort: „Das Hemd ist mir näher als der Rod“ wird verkehrt angewandt. Kann man jemand nicht für den eigenen Ortsverein gewinnen, dann macht man erst gar keine Werbeversuche und läßt den Indifferenten abseits von der Organisation stehen, um dann freilich später die schmerzliche Erfahrung machen zu müssen, daß der Betreffende sich den Gegnern anschließt. Also an alle Arbeiter müssen wir uns in der Agitation heranmachen. Die Stärkung jedes andern Vereins bedeutet auch eine Stärkung des eigenen.

Insbesondere können auch die Ortsverbände-Ausschüsse viel zur Festigung kleiner Vereine bei-

tragen, wenn sie deren Sitzungen besuchen und sie dadurch interessanter gestalten. Nach dieser Richtung wird noch viel veräußert, obgleich das gesamte Vereinsleben dadurch auf das günstigste beeinflusst werden kann. Das gilt auch von sonstigen Veranstaltungen. Daß an den Versammlungen und anderen Unternehmungen des Ortsverbandes sämtliche Mitglieder teilzunehmen haben, daß alle Ortsvereine für die Beteiligung Propaganda machen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Leider bleibt darin manches zu wünschen übrig. Persönliche Differenzen, gegenseitige Eifersüchteleien haben schon oftmals einen Erfolg vereitelt. Noch schlimmer sieht es aus mit Veranstaltungen einzelner Ortsvereine. Es gab bei uns eine Zeit, da das Fest eines einzelnen Vereins das Fest des ganzen Ortsverbandes war. Gotten irgendwo die Maschinenbauer etwas veranstalteten, dann kamen auch alle andern hin. Da wußte man nichts von Metallarbeitern, Goldarbeitern, Schneidern usw., da kannte man nur Gewerksvereiner. Vollständig traten sie an, um das Fest des Brudervereins recht imponant zu gestalten. Sollte doch jeder Verein davon indirekt Vorteil. In dieser Hinsicht ist vieles anders, leider nicht besser geworden. Hoffentlich tragen diese kurzen Andeutungen dazu bei, die „gute alte Zeit“ wieder herbeizuführen.

Und noch eine Unterlassungssünde muß hier gerügt werden. Auf der Hauptvorstände-Konferenz im Dezember führte ein Vertreter des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter aus, daß in über 80 Ortsverbänden kein Ortsverein seines Gewerksvereins existiere. Das scheint auch uns ein Zeichen dafür zu sein, daß man für die Gründung neuer Ortsvereine nicht überall das nötige Interesse hat. Denn ein Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter müßte bei gutem Willen an jedem Orte gegründet werden können, wo überhaupt die Ideen der Deutschen Gewerksvereine Boden gefunden haben. Braucht man sich unter diesen Umständen zu wundern, daß die kleineren Gewerksvereine, die naturgemäß viel mehr auf die Unterstützung ihrer stärkeren Brudervereine angewiesen sind, so schwer vorwärtskommen? Die Zahl der Mitglieder im Gesamtverbande könnte viel größer sein, wenn man sich stets und überall des obersten Gewerksvereins-grundgesetzes bewußt wäre: „Einer für alle, alle für einen!“ Sehen wir uns einmal in den verschiedenen Ortsverbänden um: Könnte nicht mancher Ortsverein der Bäcker und Konditoren, der Frauen und Mädchen, der Bildhauer, der Hingarenarbeiter mehr vorhanden sein, wenn man sich überall der Pflichten gegenüber unserer Gesamtorganisation besser bewußt wäre? Wer dies einseht — und wir sind überzeugt, daß uns viele vorwärtsstrebende Kollegen darin bestimmen — der muß auf Abhilfe sinnen und dafür sorgen, daß auf der ganzen Linie jetzt der Kampf für unsere Gewerksvereine mit Energie und Ausdauer aufgenommen wird.

Es ist gewiß keine angenehme Aufgabe, Mängel in der Organisation aus Tageslicht zu zerren. Indessen mit Vertuschungen erreicht man nichts, beseitigt man die Schäden nicht. Deshalb mußte einmal ein offenes Wort geredet werden, das sicherlich keine Wirkung nicht verhehlen wird, umsoweniger, als gerade der Krieg so deutlich gezeigt hat, wie i. . . . . gefunden die von den Deutschen Gewerksvereinen vertretenen Grundzüge sind. Der freiwirtschaftliche nationale Gedanke hat weite Kreise erfaßt. Jetzt gilt es, die Situation für uns auszunutzen, die niemals günstiger sein kann. Wer jetzt tatenlos die Hände in den Schoß legt und wartet bis der Krieg vorüber ist, der verfehlt den Augenblick nicht, der verpaßt die Zeit der

Ernte. Jetzt muß gehandelt, kein Moment darf veräußert werden. Und die Ortsverbände, die im kleinen das Leben in der Gesamtorganisation wieder spiegeln sollen, dürfen nicht zurückbleiben. Ihre Aufgaben sind mannigfacher Art. Jetzt aber muß auch ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die Agitation der einzelnen Ortsvereine neu zu beleben, überall helfend einzugreifen und für die Gründung neuer Ortsvereine den Boden zu lockern. Seien wir uns in dieser großen Zeit, wo Jehntausende von Gewerksvereinern draußen im Felde mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit für des Vaterlandes Ehre und Bestand kämpfen, auch der uns obliegenden Pflichten bewußt! Bieten wir alles auf, daß unsere tapferen Brüder, wenn sie siegkrönt in die Heimat zurückkehren, vor Enttäuschungen bewahrt bleiben. Ihre Organisation müssen sie unerschüttert vorfinden. Die Vorbereitungen für die Friedensarbeit müssen getroffen sein. Dazu aber müssen unsere Ortsverbände ihr Teil mit beitragen.

### Die Sozialpolitik des Auslandes im Kriegsjahre 1914.

(Schluß)

Ein Land wie Italien, das in jedem Jahre so große Massen von Wanderarbeitern in die Welt hinausführt, mußte natürlich von den Kriegswirren ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden, zumal der Krieg gerade zu einer Zeit ausbrach, als gewöhnlich die Abwanderung aus Italien ihren Höhepunkt erreicht hat. Sogleich nach Kriegsbeginn setzte in Italien eine außerordentlich starke Rückwanderung ein; aus Frankreich wurden die italienischen Arbeiter oft sogar sehr unliebsam entfernt. Nach antiken italienischen Mitteilungen ist die Zahl der Rückwanderer nach Ausbruch des Krieges auf nicht weniger als 500 000 Personen geschätzt worden. In ganzen Sonderzügen mußte die Regierung die zurückkehrenden Arbeiter von den Grenzen in das Innere des Landes befördern. Durch diese frühzeitige Rückwanderung entstand in weiten Kreisen eine Notlage, und die Regierung mußte die Arbeitslosen durch Notstandsarbeiten unterstützen. Zu diesem Zwecke sind bereits annähernd 400 Millionen Lire bereit gestellt worden. Die Notlage wird noch erhöht und auf weitere Kreise übertragen, weil infolge des Krieges der Reiseverkehr, der ja in Italien auch im Winter nicht gering ist, unterbunden wurde. Das Versicherungsrecht für Seeleute, das im Jahre 1913 angenommen wurde, trat am 1. Januar vergangenen Jahres in Wirksamkeit. Durch dieses Gesetz wird für Seeleute die Alters- und Invalidenrente und für deren Angehörige die Witwen- und Waisenrente eingeführt. Anbruch auf Altersrente haben Seeleute, die mindestens 60 Jahre alt sind und 20 Jahre auf italienischen Schiffen Dienst getan haben, die Invalidenrente soll nach 10 Beitragsjahren bezahlt werden. Die Beiträge zu dieser Versicherung werden von Reedern und Seeleuten getragen.

Daß die Schweiz als Nachbar der kriegsführenden Staaten Frankreich und Deutschland unter dem Kriege und seinen Wirkungen gleichfalls schwer zu leiden haben würde, war vorauszusetzen. Zunächst bedeutet schon die Einberufung der militärischen Macht zur Aufrechterhaltung der Neutralität eine schwere Last. Dann hatte auch das ganze wirtschaftliche Leben der Schweiz zu leiden. Um Preissteigerungen entgegenzutreten, organisierte die Bundesverwaltung selbst die Getreidezufuhr, mietete zur Getreideaufschaffung besonders Dampfer und verkaufte dann das Getreide zu einem mäßigen Preise. Die schweize-

riche Arbeiterkraft lagte in den letzten Monaten verschiedentlich über Lohnherabsetzungen in der Industrie. Das wichtigste sozialpolitische Vorkommnis in der Schweiz während des Jahres 1914 ist die endgültige Annahme eines neuen Fabrikgesetzes; dadurch wird das seit dem Jahre 1877 bestehende Gesetz beseitigt. Allerdings sind über die Inkraftsetzung des neuen Fabrikgesetzes noch keine Beschlüsse gefaßt worden, vielleicht wird auch hier der Krieg eine aufschübende Wirkung ausüben. Das Gesetz bringt mancherlei Verbesserungen über den Schutz der Wächnerinnen, über die Nachtarbeit von Jugendlichen und Frauen, über die Sonntagsarbeit usw. Im Kanton Zürich trat im Februar eine Verdingungsordnung in Kraft, die sozialpolitisch von wesentlicher Bedeutung ist. Demnach sollen öffentliche Arbeiten nur an solche Firmen vergeben werden, die eine gewisse Gewähr dafür geben, daß die Arbeiter nicht übermäßig ausgenutzt, die Arbeiterschutzbestimmungen genau eingehalten werden, auch darf der Arbeitgeber keine Lehrlingszuchterei betreiben usw. Wird die Arbeit in der Heimindustrie anerkannt, so können dem Unternehmer auch Mindestlöhne vorgeschrieben werden. In Zürich ist auch ein Gesetzesvorschlag eingebracht worden, wonach für die Angestellten in den Gastwirtschaften und in ähnlichen Unternehmungen eine Mindestarbeitszeit von 8 Stunden festgesetzt wird. Dort ist im vergangenen Jahre auch die kommunale Arbeitslosenunterstützung eingeführt worden. Im Kanton Luzern ist ein Gesetz in Kraft getreten, das eine Erweiterung der Sonntagsruhe bringt.

Ähnlich wie auf die Schweiz hat der Krieg auf Holland gewirkt. Auch Holland hat sich genötigt gesehen, Höchstpreise für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter wie Petroleum und Kohlen festzusetzen. Auch kamen dort Verordnungen heraus, die, wie in Deutschland eine größere Sparlichkeit in der Verwendung des Getreides herbeiführen sollen. Den Gemeinden steht es frei, zur Ernährung der Bevölkerung Nahrungsmittel zu enteignen. Eine besondere Last wurde dem holländischen Volke nach aufgebürdet durch die Zustromung so vieler Flüchtlinge aus Belgien. Für manche Waren, die mit großem Gewinn an das Ausland abgesetzt werden, hat die Regierung erhöhte Zölle eingeführt.

Von Rußland ist nicht allzuviel zu berichten. Dieses Land ist uns immer fremder als irgend ein anderes Land, und zumal seit dem Beginn des Krieges hören wir sehr wenig über das wirtschaftliche Getriebe Rußlands. Vor Beginn des Weltkrieges wurde aus Rußland von großen Streiks und von Vorkommnissen berichtet, die an das Wiederaufkommen einer großen revolutionären Bewegung denken ließen. Im Juli streikten allein in Petersburg gegen 200 000 Arbeiter. Weinahe läßt die fortwährende Verhaftung von sozialistischen Führern vermuten, daß im Innern Rußlands die Unruhen noch anhalten. Von Wichtigkeit ist das Verbot des Alkoholabschneidens, das sogleich nach Anfang des Krieges herauskam. Allerdings werden dadurch die Staatsfinanzen außerordentlich geschwächt; denn die Schnapssteuern waren bisher die wichtigste Einnahmequelle im russischen Budget. Ein besonderes Gesetz, das kleine Verbesserungen in der Stellung der Handlungsgehilfen bringen sollte und von der Regierung eingezogen worden war, wurde vom Reichsrat verworfen. Dagegen trat eine Verordnung in Kraft, die für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei der Herstellung von Kriegszugmaschinen tätig sind, einige Schutzbestimmungen festsetzt. So dürfen Jugendliche und Frauen in derartigen Betrieben nur bei solchen Arbeiten beschäftigt werden, die nicht gesundheitsgefährlich sind; auch kann für Männer eine Höchstarbeitszeit festgesetzt werden. Ein Gesetzentwurf des Handels- und Industrieministers wollte die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren nur unter der Bedingung zulassen, daß die Kinder eine Elementarschule besuchen. Im Alter von 12-15 Jahren sollte die Höchstarbeitszeit 6 Stunden betragen, unter 17 Jahre sollte niemand bei Untertagsarbeiten beschäftigt werden. Aus diesem Entwurf dürfte jetzt nichts werden.

Zwischen den drei skandinavischen Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark kam im Mai 1914 ein Staatsvertrag zustande, der eine gleichartige Behandlung der unterstützungsbedürftigen Bürger dieser drei Länder herbeiführt hat. Die drei Staaten haben sich in dem Vertrage verpflichtet, die Angehörigen des anderen Landes in Armenangelegenheiten und bei sonstigen Unterstützungsfragen genau so zu behandeln wie die eigenen Landesangehörigen. Aus Dänemark wurde berichtet, daß die Lebensmittelpreise nach dem Kriege ebenfalls wesentlich steigen sind. In Norwegen drohte aus kleinen

Ursachen ein Generallstreik in den verschiedensten Berufen, den dann aber die Regierung verhindern konnte. Ebenfalls in Norwegen ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der eine Erweiterung des Arbeiterschutzes vorsieht, und zwar richtet sich die Erweiterung nicht nur auf eine Verbesserung der Schutzbestimmungen, sondern auch auf eine weitere Einbeziehung von Betrieben.

Selbst noch nach Spanien hin wirft der Krieg seine Wellen. Auch dort droht eine wesentliche Verteuerung der Lebensmittel, und so kam vor einigen Monaten eine königliche Verordnung heraus, wonach die Behörden streng darauf sehen sollten, daß überall das Land in gehöriger Weise bebaut wird. Weiter ist in Spanien ein Gesetz in Wirksamkeit getreten, das für männliche und weibliche Arbeiter in der Textilindustrie eine Höchstarbeitszeit von 60 Stunden in der Woche und eine Höchstarbeitszeit von jährlich 3000 Stunden festsetzt. In der Textilindustrie ist auch ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder ergangen.

In Portugal, das im übrigen noch ebenso voll sozialer Unruhe steckt wie zur Zeit der Monarchie, ist ein staatliches Arbeitsvermittlungsamts ins Leben gerufen worden, das dem Minister der öffentlichen Arbeiten unterstellt wurde. Es soll eine bessere Organisation der Arbeitsvermittlung für Angestellte und Arbeiter erreichen.

Von den Balkanstaaten und der Türkei ist so gut wie nichts zu berichten. In diesen Ländern ist ja ohnehin die Sozialpolitik noch ein recht artes Pflänzchen, und ihr Wachstum ist durch mancherlei Wirkungen der Balkankriege und dann durch die Einflüsse, die die gegenwärtigen Kriegswirren ausüben, nicht gefördert worden. Am schlimmsten steht es natürlich in Serbien, das in kurzer Zeit drei Kriege geführt hat. Noch schlimmerer Vermittlungen hat der Krieg allerdings in Belgien herbeigeführt. Von den rund zwei Millionen Lohnarbeitern dürfte wohl nur ein kleiner Teil Beschäftigung haben. Viele sind aus ihrer Heimat geflüchtet aus Furcht vor den deutschen "Barbaren", andere mußten fortziehen, weil die Schlacht um ihre Städte und Dörfer tobte. Da ist denn nur zu begrüßen, wenn sich Bürger einiger neutraler Staaten gefunden haben, die die ärmste Bevölkerung Belgiens mit Nahrungsmitteln versorgen wollen. Daß die deutsche Regierung dieses Unternehmen unterstützt, geht daraus hervor, daß sie für die Nahrungsmittel keine Eingangszölle erhebt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist im Arbeitsministerium ein besonderes Amt errichtet worden, dem die Arbeiterschutzbestimmungen, das Studium der Berufskrankheiten und ähnliches untersteht. Auch soll von diesem Amt ein Museum über die Verhütung von Unfällen angelegt werden. Ein derartiges Museum über Unfallverhütung ist auch in Chicago errichtet worden, wobei gleichzeitig noch eine Bibliothek von 4000 Bänden eingerichtet wurde, die speziell Schriften über Gewerbeinsektion, Gewerbestandards, Wohlfahrtseinrichtungen usw. enthält. In den Staaten New-York und Minnesota sind Gesetze über Unfallverletzungen und Unfallentschädigungen der Arbeiter in Wirksamkeit getreten.

In Kanada kam im Juni ein Gesetz zur Annahme, das das Weißphosphorverbot gebracht hat. Danach wird die Herstellung und die Einfuhr von Weißphosphorzündhölzern nach dem 31. Dezember 1914 verboten. Das Verkaufsverbot tritt erst ein Jahr später in Kraft.

In Australien sind Vorarbeiten gemacht worden zu einer weiteren Verbesserung der sozialen Versicherung.

Große Ausstände gingen im Jahre 1914 wieder in Süd-Afrika vor sich. Namentlich Bergleute und Eisenbahner waren an diesen Streiks, die dem Land schweren wirtschaftlichen Schäden brachten, beteiligt. Bekannt ist es, wie rigoros damals die Regierung gegen die Führer der Streikenden vorging. Auch die gegenwärtigen Unruhen und der Krieg, der ja bis nach Afrika hinübergeht, sind nicht danach angetan, eine größere Sicherheit im wirtschaftlichen Leben entstehen zu lassen.

Jedenfalls hat das Jahr 1914 auch in bezug auf die Sozialpolitik viel des Neuen gebracht. Es sind da völlig neue Probleme aufgetaucht, die früher niemand näher untersuchen wollte, und es sind, wie bei den Höchstpreisen, Lösungen gefunden worden, die in Friedenszeiten von vielen Seiten den stärksten Widerstand gefunden hätten.

A. R.

### Gewerkevereinsarbeit im Saargebiet.

Unter dieser Ueberschrift erschien regelmäßig Anfang Januar ein Bericht des Sekretariats Saarbrücker im "Gewerkeverein". Mit Zahlen ausgestattet gab er ein klares Bild der Organisationsarbeit im dunklen Südwesten unseres Vaterlandes. Auch für dieses Jahr war ein solcher Bericht und dazu die Herausgabe eines broschürten Tätigkeitsberichtes, wie solcher erstmalig 1910 erschienen war, vorgelegen. Doch was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe, wenn der Krieg mit eifrigem Wesen dazwischen fährt und besonders im Grenzland sich scharf bemerkbar macht! Die Gebiete, in denen sich unsere westlichen Ortsvereine befinden, sind bis jetzt von keinem Feinde betreten worden, sondern unsere Truppen haben das angrenzende französische Grenzgebiet mit bester Überwachung besetzt. Aber der Rückschlag auf die Organisationsarbeit war trotzdem gewaltig. Der Landsturm wurde besonders in Lothringen sofort bis zu 45 Jahren eingezogen, und aus dem Luxemburger Gebiet strömten fast alle Deutschen ins Vaterland zurück. Später setzte ja die industrielle Tätigkeit wieder ein und die Vereine konnten mit dem Rest der Mitglieder ihrer Tätigkeit, wenn auch im beschränkten Maße, fortfahren. Viele Vereine aber waren noch zu neu und die Vorstände nicht genügend eingearbeitet. Der Sekretär, der jetzt seit Monaten als Ersatzreferent zur Ausbildung eingezogen ist, wurde sofort bei Kriegsausbruch aus Saararbeiten berufen, damit er für einige Monate entlassen, aber die Schwierigkeiten für die Bearbeitung des teilweise damals im Operationsgebiete liegenden Bezirkses waren zu groß.

Was von den blühenden Vereinen nach dem Krieg übrig bleibt, läßt sich nicht voraussagen, und auch der jetzige Stand nicht klar übersehen. Am besten wird sich wohl der pfälzische Teil des Bezirkes halten, weil die dortigen Vereine mehr aus älteren Kollegen bestehen. Schwierigkeiten sind aber auch da vorhanden, besonders in St. Ingbert, wo ein großes Werk stillgelegt wurde, und vielleicht in der Birmasener und Somburger Gegend mit den neuen Vereinen. In Saarbrücken selbst konnte der Sekretär während der dienstfreien Monate einige Vereine wieder zur Tätigkeit anregen, die einzuwickeln drohten und nun wieder blühen.

Gerade vor dem Kriegsausbruch stand der Bezirk auf der Höhe. Mehrere neue Vereine und Zahlstellen waren gegründet und die Mitgliederzahl im ersten Halbjahr um mehr als zehn vom Hundert gestiegen. Von den seit der Sekretariatserrichtung neugegründeten Vereinen und Zahlstellen bestanden Maschinenbauer: Gomburg und St. Ingbert in der Pfalz; Esch, Diedenhofen, Matzieser und Sagen-dingen in Lothringen-Luxemburg; Metzweiler im Elsaß. Bergarbeiter: Fischbach, Altenkeil und Guichenbach im Saar-bezirk. Lederarbeiter: Eppenbrunn, Ludwigswinkel, Rappweiler und Sumb-wiler im Birmasener Gebiet. Bauhandwerker: Kirrberg-Pfalz. Also bei einem Gesamtbestand von 38 Vereinen 15 neue! Wenn auch einige im ersten Kriegshalbjahr eingegangen sind und weitere nicht mehr so ganz sicher stehen, so ist doch zu hoffen, daß nach dem Kriege der lebhafteste Gewerkevereinsgeist im Sekretariatsgebiet die Lücken wieder füllen wird. Alle Ausgerückten kommen ja nicht mehr zurück, denn schon jetzt liegen mehrere Kollegen aus dem Bezirk in fremder Erde begraben, und niemand weiß, wer noch ins Gras beißen muß, bis der Friede kommt. Aber einmal muß es ja Friede werden, und dann wird auch die friedliche Gewerkevereinsarbeit wieder im Saar-Lothringen-Luxemburg-Pfälzischen-Industriegebiet wieder aufblühen. J. E.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 15. Januar 1915.  
Das Nachtdarverbot. Der Hauptvorstand unseres Gewerkevereins der Bäcker und Konditoren beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung sehr eingehend mit dem Nachtdarverbot für Bäcker und Konditoren. Das Vorgehen der Regierung ist nach Ansicht des Hauptvorstandes durchaus zu billigen. Der Gewerkeverein stand von jeher auf dem Standpunkt eines Verbots der Nachtarbeit für das Gewerbe der Bäcker und Konditoren aus sozialen Gründen. Nun ist diese soziale Last aus der Not der Zeit geboren. Zweifellos werden sich aus dem Nachtdarverbot augenblickliche Schwierigkeiten ergeben, die aber mehr begründet sind in den Kriegsjahren als in dem Verbot der Nachtarbeit selbst. Bei guter Verständigung der Meister, Gesellen und Arbeiter

werden diese Schwierigkeiten bei der vernünftigen Haltung des größten Teils der Konsumenten zu überwinden sein. Der Hauptvorstand sprach zum Schluß seiner Beratungen die Hoffnung aus, daß das Verbot der Nachtarbeit auch mit in die Friedenszeiten übernommen wird. Auch für das Gewerbe der Bäcker und Konditoren bedeutet sowohl für Meister als auch für Geiellen und Arbeiter die Gewährung der Nachruhe eine Förderung des Familienlebens und eine Stärkung der gesundheitlichen und sittlichen Verhältnisse. Die Möglichkeit der Durchführung eines Nachtarbeitsverbots hat sich in einigen anderen Ländern durchaus erwiesen.

Diese Stellungnahme des Hauptvorstandes des Gewerbevereins der Bäcker und Konditoren deckt sich durchaus mit der der Verbandsleitung.

**Wirtschaftlicher Egoismus in der Zementindustrie.** Im gesamten deutschen Baugewerbe, das sich alle erdenkliche Mühe gibt, die Arbeitslosigkeit während des Krieges einzuschränken, erstreckt die von den Zementherstellern für das Jahr 1915 beschlossene Preiserhöhung für Zement gegenfälligen Unwillen. Mit dem Hinweis auf die gesteigerten Betriebskosten, insbesondere der Kohlen-, Öl- u. v. v. Preise, kann die Zementindustrie die in Aussicht genommenen erheblichen Preissteigerungen nicht allein rechtfertigen; sie kann auch nicht verlangen, daß die Zementverbraucher sie für die etwa zu Wohltätigkeitszwecken aufgewendeten Beträge schloßlos halten. Die Preissteigerung des Zements wird sicher ein Wiederankommen der privaten Bautätigkeit im kommenden Frühjahr weitestgehend hindern, und das bedeutet in einer Zeit, in der viel öffentliche Bauten ihrer Vollendung entgegengehen, eine schwere Benachteiligung eines großen Bevölkerungsteils, und zwar nicht nur im Baugewerbe und den Baunebengewerben, sondern auch in der sonstigen Baustoffindustrie und dem Baustoffhandel. Die Zementindustrie scheint hierauf keine Rücksicht zu nehmen, weil die Herrschaftsverwaltung gezwungen ist, ihr große Mengen Zement abzunehmen. Bei dem wichtigen allgemeinen Interesse, welche auf dem Spiele stehen, wird die Festsetzung von Höchstpreisen für Zement von der Reichsregierung erwogen werden müssen.

**Die Höchstpreise für Getreide,** wie sie vom Bundesrat festgesetzt worden sind, genügen gewissen Kreisen noch nicht, die am liebsten auch von diesen schweren Zeiten noch profitieren möchten. Gegen sie richtet sich folgende Auslassung einer offiziellen Korrespondenz:

Die angeblich zu niedrigen Höchstpreise sollen schuld daran sein, daß der Verbrauch an Brotgetreide zu stark ist, weil für den Verbraucher der Getreidepreis das Parameter sei, das ihn anzeigt, wie weit er mit seinem Verbrauch gehen darf. Es soll also die Masse der Verbraucher durch Steigerung der Brotpreise veranlaßt werden, eine Einschränkung des Brotverbrauches einzutreten zu lassen. Dazu ist zu bemerken, daß einmal in vielen Kreisen der Verbraucher über den Stand der Getreidepreise weder jezt noch vor dem Kriege eine ausreichende Kenntnis besitzt, um danach den Verbrauch an dem notwendigen Nahrungsmittel einzurichten. Man wird es auch kaum mit der Fürsorge für die unbedeutendsten Kreise vereinbar halten können, wenn man in Kriegsjahren, wo durchweg gesteigerte Kosten in der ganzen Lebenshaltung eintreten, den Verbraucher „zur Belehrung“ gerade das unbedeutendste Nahrungsmittel, nämlich den Brot, nach den letzten Maßnahmen des Bundesrats zur Streckung unserer Getreidevorräte wird auch wohl nirgends im Deutschen Reich jemand noch über die Notwendigkeit zur Sparsamkeit mit der Brotverteilung im Zweifel sein. Die Einschränkungen im Bäckereibetrieb haben weit verbreiteter gewirkt, als eine Verteuerung des Brotes es erreichen könnte, die gerade die ärmeren Schichten als eine schwere Belastung empfinden müßten. Wenn den angeblich zu niedrigen Höchstpreisen weiterhin nachgelagert wird, sie beförderten die Ausfuhr unseres Getreides in das Ausland, so ist es bei dem erlassenen Ausfuhrverbot und der strengen Kontrolle unserer Ausfuhr wohl kaum möglich, daß irgendwelche nennenswerten Posten über unsere Grenzen gelangen. Die angegebenen Gründe sind also durchaus nicht beweiskräftig für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Höchstpreise.

Damach sind die Ausichten auf eine Herabsetzung der Höchstpreise für Getreide nicht günstig, und das ist gut so.

**Zur Sicherung der Volksernährung.** Der Mensch lebt bekanntlich nicht vom Brot allein. Wenn also die Ernährung des deutschen Volkes bis zum strengsten Ende durchgeföhrt werden soll, dann muß nicht allein für die notwendigen Vorräte an Brot, sondern auch an Fleisch gesorgt werden. Diesem Zwecke soll auch folgende, vom

preußischen Landwirtschaftsminister an die Deffentlichkeit gerichtete Mahnung dienen:

Damach dem unablässigen Bemühen der deutschen Landwirtschaft während der Friedenszeit haben die heimischen Viehbestände an Menge und Güte so zugenommen, daß in den bisherigen Kriegsmonaten alle Bevölkerungskreise ohne Schwierigkeiten und zu annehmbaren Preisen fast in der alten Weise mit Fleisch versorgt werden konnten. Der Aufgabe, das Fleischbedürfnis zu befriedigen, werden sich die deutschen Landwirte auch künftig gewachsen zeigen. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird ihnen aber namentlich bei längerer Kriegsdauer nicht ohne erhebliche Opfer und Erschwernungen möglich sein. Mit dem Kriegsausbruch hat die umfangreiche Einfuhr von Futtermitteln aus dem Auslande aufgehört. Das Verfüttern von Roggen und Roggenmehl, das bisher vielfach üblich war, hat verboten werden müssen, weil alles Brotgetreide und Mehl für die menschliche Ernährung nötig ist. Die Hoffnung, in erhöhtem Maße Karstoffeln als Viehfutter verwenden zu können, hat sich nicht in der erwarteten Weise verwirklicht, denn die Karstoffeln werden zum Ausgleich des Fehlbetrages an Brotgetreide und an anderen, früher aus dem Auslande eingeföhrtcn Nahrungsmitteln in größerem Umfange als bisher zur Ernährung der Menschen gebraucht. Das Viehfutter ist daher knapp und teuer geworden, und eine Verringerung ist darin vorläufig nicht zu erwarten. Die Erhaltung des Rindviehs wird trotzdem wegen der im ganzen reichen Deu- und Strobernte nicht auf Schwierigkeiten stoßen. Die Schweinehaltung und Schweinemästung wird dagegen vielfach nicht mehr in dem bisherigen Umfange möglich sein. Infolgedessen hat sich der Auftrieb von Schweinen auf den Schlachtviehmärkten und das Angebot von Schweinefleisch in letzter Zeit in einer Weise vermindert, daß es den augenblicklichen Bedarf übersteigt, und es muß mit einer weiteren starken Steigerung gerechnet werden. Diefem zeitigen Ueberangebot würde notwendig ein unliebsamer Mangel in späterer Zeit folgen, falls nicht alle Beteiligten bald dazu mitwirken, den Ueberfluß für die Zukunft nutzbar zu machen. Dies läßt sich durch die möglichst umfangreiche Herstellung von Dauerwaren aller Art (Schinken, Speck, geträuclerte Würste, Pöfelsteisch, Konserven) erreichen. Nichts das Fleischergeerbe und die Fleischwarenindustrie hierauf ihr Augenmerk, wobei ihnen die Unterstützung der Gemeindeverwaltungen und Genossenschaften fiderlich nicht fehlen wird, und derselben sich namentlich die Genußhaltungen und angemessenen Vorräten an Dauerwaren, so wird einer Verringerung des Ueberflusses vorgebeugt. Die jetzige Jahreszeit ist die beste für die Herstellung von Dauerware und für deren Aufbewahrung. Ein solches Vorgehen ermöglicht es der einzelnen Gaushaltung, zu annehmbaren Preisen im voraus einen großen Teil ihres Bedarfs an Fleisch zu decken. Der Gesamtheit bringt es den Vorteil, daß dem unausbleiblich geringeren Angebot an Schweinefleisch in den späteren Monaten auch nur eine geringere Nachfrage gegenübersteht. Ein übermäßiges Steigen der Preise wird so verhütet und einer Beeinträchtigung der Volksernährung vorgebeugt werden. Das ist auch ein Stück Kriegsarbeit, der sich die nicht im Felde Stehenden mit waterständlichem Pflichtgefühl unterziehen müssen, denn zum Durchhalten gegen die Welt von Feinden, die uns einen Hungerfrieden aufzwingen möchten, muß nächst der Brotversorgung auch die Fleischversorgung gesichert werden.

Die Mahnung ist durchaus berichtigt und verdient vollste Beachtung. Ob der Wunsch freilich von der Arbeiterschaft bei ihrem doch zum Teil sehr geringen Einkommen und dem Mangel von geeigneten Aufbewahrungsräumen erfüllt werden kann, ist eine andere Frage.

**Ein merkwürdiger Arbeitervertreter.** Die Stadt Wülhausen i. E., die im Reichstage durch den Sozialdemokraten Emmel vertreten wird, hat eine besondere Kriegs-Arbeitslosenfürsorge eingeföhrt. Bei der Beratung der Angelegenheit im Gemeinderate hat der genannte Herr, entgegen den Beschlüssen des Ortskartells der freien Gewerkschaften, sich dafür ausgesprochen, daß bei der städtischen Arbeitslosenunterstützung die von den Organisationsen gezahlten Beträge voll anzurechnen, d. h. abgezogen werden sollten. Emmel vertiefte sich nach einem Bericht im „Korrespondent“ der Buchdrucker sogar zu der Äußerung, es sehe nicht an, daß man der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ein Extrawürstchen verbiete. Die Folge dieses Auftretens war, daß die Angelegenheit nochmals an die zuständige Kommission zurückerwiesen wurde. Jetzt seien wir in der Nr. 4 des „Korrespondent“ unter der Stichmarke: „Der desobouierte „Sozialist“ folgende Notiz;

Das von uns durch besondere Anmerkung zum Situationsbericht aus Wülhausen i. E. in Nr. 2 als beitervertreter Emmel, der es mit seinen Aufgaben schulle vereinbar hielt, in der Frage der städtischen Arbeitslosenunterstützung für die volle Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstühtungen eintrat, hat im übrigen schon eine solche Korrektur durch die in Frage kommende sozialdemokratische Fraktion erfahren.

Diese stimmte in einer entscheidenden „Zwölfertommission“ für eine gerechtere Würdigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ließ damit Emmel im Stich. Dieser kam dadurch in eine arge Klemme und mußte sich in der Gemeindeauschussung am 8. Januar mit prinzipiellen Spießbüchlein aus der Patzche zu ziehen, was aber nur noch deutlicher werden ließ, daß er in dieser Frage ziemlich allein auf weiter Flur war und sich von ungewöhnlichen Grundfragen in der Vertretung von Arbeiterinteressen meckwürdig weit entfernt hat. Seine wunderbare Logik, daß durch Nichtanrechnung der gewerkschaftlichen Unterstühtungen und bei Auszahlung der städtischen Arbeitslosenunterstützung den Mitgliedern der Gewerkschaften ein Extrawürstchen geboten würde, hat nur auf Seite der Arbeitgeber den größten Beifall gefunden, aber bei der Arbeiterschaft in Wülhausen selbst nicht nur Kopfgeschütteln, sondern durchweg berechtigte Entrüstung hervorgerufen und allgemein den Wunsch zur Reife gebracht, für die Zukunft die Möglichkeit solcher Extratouren eines Arbeitervertreters unmöglich zu machen. Die Desobouierung Emmels durch die sozialdemokratische Fraktion ist die erste Folge dieses Wunsches und besetzt den Leidtragenden jedenfalls deutlich genug, daß mit Prinzipienreiterei heutzutage kein Staat mehr zu machen ist.

Wir haben dieser durchaus berechtigten Kritik nichts hinzuzufügen.

**Ueber die Lage des Arbeitsmarktes von Groß-Berlin** teilt der Verband Märkischer Arbeitsnachweise mit, daß in der Weihnachtswoche ein fühlbarer Rückschlag eingetreten sei. In der Zeit vom 27. Dezember bis 3. Januar hat dann wiederum eine Belebung eingekehrt, die indessen den vorherigen Stand nicht ganz erreicht. Lebhaft ist andauernd die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Metallindustrie. Beim Arbeitsnachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist die Zahl der gemeldeten offenen Stellen von 288 auf 641 gestiegen. Besonders macht sich ein Mangel an Schmiedern, Schlossern und Drehern bemerkbar. Während die Elektrizitätsindustrie vor allem durch den öffentlichen Bedarf beschäftigt ist, hat bei den Telephonfabriken neben der Deckung des militärischen Bedarfs auch eine Besserung des Privatgeschäftes stattgefunden. Im Baugewerbe ist die Lätigkeit ziemlich gering; günstig ist dagegen infolge des guten Wetters die Beschäftigung in der Beton- und Eisenbeton-Industrie. Schwach ist die Beschäftigung im Holzgewerbe, wo 4150 Arbeitslose gezählt wurden. Die Pianoforte-Fabrikation liegt völlig daneben. Im Lebensmittelgewerbe sind keine wichtigen Veränderungen zu verzeichnen. Während die Beschäftigung der Tabakarbeiter andauernd günstig ist, hat die Saison bei den Schokoladenfabriken ein Ende gefunden, so daß allmählich weibliche Arbeitskräfte entlassen werden. Der Serrantkonfektion sind so große Herkeslieferungen zuteil geworden, daß ein starker Arbeitermangel herrscht. Die Serrantkonfektion ist deshalb teilweise dazu übergegangen, weibliche Arbeitskräfte, die bisher in der Damenkonfektion gearbeitet haben, für ihre Betriebe anzulernen. Im Handelsgewerbe ist keine wesentliche Veränderung zu verzeichnen; beim kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte wurden 3528, in der Vorwoche 3674 Stellensuchende gezählt. Lebhaft werden andauernd auf dem weiblichen Arbeitsmarkt Metallarbeiterinnen und Näherinnen verlangt, während für Lederarbeiterinnen und Buchdruckerpersonal eine Verschlechterung eintrat.

Vedenfalls lassen diese Angaben, die mehr oder weniger die Verhältnisse im ganzen Reiche wiederpiegeln, erkennen, daß der Arbeitsmarkt ein erheblich günstigeres Bild bietet, als bei Kriegsanfang besichtigt wurde.

**Arbeiterschutz in Belgien.** In Belgien sollte am 1. Januar d. J. ein im Mai 1914 beschlossenes Gesetz über den Schutz der Arbeiterinnen und Jugendlichen in Kraft treten. Danach soll die Altersgrenze für die Beschäftigung von Kindern von 12 auf 14 Jahre heraufgesetzt werden. Der Allgemeinschutz wird ausgedehnt auf die in Gast- und Schankwirtschaften und in Bureaus von gewerblichen und Handelsunternehmungen beschäftigten Personen. Das Verbot der Frauenarbeit, das bisher nur für Anlagen gültig war, in denen mehr als 10 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, wird auch auf alle kleinere Betriebe erstreckt. Die Arbeit von abends 9 bis morgens 5 Uhr ist für alle Kinder und Jugendlichen bis 16 Jahren sowie für Frauen jeden Alters verboten. Die ununterbrochene Nachruhe muß mindestens 11 Stunden dauern. Die Höchstarbeitszeit für Jugendliche bis zu 16 Jahren und für Frauen bis zu 21 Jahren darf 12 Stunden

